



Rechtsausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

12. Dezember 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über Dolmetscher und Übersetzer sowie zur Aufbewahrung von Schriftgut in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen 3**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5199

Zuschriften 14/1181, 14/1197, 14/1203 und 14/1204

- Aussprache.

- 2 Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sowie zur Änderung besoldungs-, versorgungs- und dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen 5**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5198

Der **Rechtsausschuss** gibt zu dem **Antrag Drucksache 14/5198** kein Votum ab.

3 Bauvorhaben der Justiz in Bochum 6

- Bericht der Landesregierung
- Aussprache

4 JVA Aachen 7

- Bericht der Landesregierung

Der **Rechtsausschuss** nimmt den Bericht der Landesregierung - **Vorlage 14/1512** - zur Kenntnis.

5 Forderung des Richterbundes 8

- Bericht der Landesregierung

– Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis - vgl. Vorlage 14/1513 - und diskutiert über verschiedene Fragestellungen.

8

6 Ermittlung gegen Verfassungsschützer

- Bericht der Landesregierung

Der Rechtsausschuss diskutiert mit Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter über verschiedene Fragestellungen, die sich aus dem Bericht der Landesregierung ergeben - vgl. Vorlage 14/1515.

7 Verlegung von Gefangenen 15

- Bericht der Landesregierung

An den Bericht der Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter schließt sich eine Aussprache an.

8 Verschiedenes 18

- Siehe Diskussionsteil.

2 Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sowie zur Änderung besoldungs-, versorgungs- und dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5198

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der Gesetzentwurf sei durch Plenarbeschluss am 24. Oktober 2007 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie mitberatend an den Innenausschuss, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss wolle das Beratungsverfahren schon am kommenden Tag zum Abschluss bringen. Sofern die Fraktionen der Auffassung seien, dass der Rechtsausschuss ein Votum zu dem Gesetzentwurf abgeben solle, müsste dieses heute gefasst werden.

Gerd Stüttgen (SPD) zitiert Artikel 1 § 3 – Anpassung der Versorgung – Abs. 2 aus dem Gesetzentwurf:

(2) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Juli 2008 um 2,8 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist.

Die Besoldungen würden ansonsten um 2,9 % erhöht. Er frage, wie die 0,1 % verminderte Anpassung zu erklären sei.

Die Vertreter des Justizministeriums wollen diese Frage schriftlich beantworten. – Die Antwort ist den Abgeordneten am 20. Dezember 2007 übersandt worden – vgl. Vorlage 14/1564.

Der **Rechtsausschuss gibt** zu dem **Antrag Drucksache 14/5198 kein Votum ab.**

